

ANSICHTEN - AUSSICHTEN

◀ **Kita-Essen
wird nicht teurer**
Seite 2 >>>

◀ **Ein Flüchtling
berichtet**
Seite 3 >>>

◀ **Trainierbahn:
Kortkamp-Interview**
Seite 4 >>>

„Das muss drin sein“
**DIE LINKE startet Kampagne
gegen miese Arbeit**



Lösungen für die Eisenbahnstraße

Die Pläne von Bürgermeister Henze wurden knapp abgelehnt. Doch das bedeutet nicht das Ende der Debatte. Vielmehr sind wir mittendrin. Ein Drogermiemarkt wird wohl nun an anderer Stelle kommen, aber darüber hinaus bleiben spannende Projekte in der Diskussion, in der man sich mehr einig ist, als es der Bürgermeister glauben machen will.
Unser Titelthema auf Seite 3.

Links aktiv

Vor dreißig Jahren sagte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker: Der 8. Mai „war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Dies ermöglichte der Sieg der Anti-Hitler-Koalition im zweiten Weltkrieg.

Nun hat der Verein der „Berliner Freunde der Völker Russlands“ eine Petition beim Deutschen Bundestag gestartet, diesen Tag zum gesetzlichen Gedenktag zu machen: „Trotz der klaren

Aussage des Altbundespräsidenten ist die Bewertung des 8. Mai bis heute umstritten, wird seine Bedeutung als Tag der Befreiung nicht allgemein anerkannt. Dabei ist er Anlass zur Erinnerung und zur Besinnung auf die Lehren des Krieges. Sie erfassen dieses Jubiläum als deutliche und dringliche Mahnung zu Frieden und Menschlichkeit in einer Welt, in der Kriege geführt werden und weitere drohen, Terrorismus die Menschen in Schrecken setzt und menschliche Not, menschliches Elend weltweit in Erscheinung tritt.

Es gilt, diese mahnende

Erinnerung durch die Begehung eines Gedenktages auch für künftige Generationen wach zu halten. Mit diesem Gedenktag wollen wir einen Beitrag zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens und gegen die Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts leisten.“

Wir möchten aufrufen, die Petition mitzuzeichnen:
epetitionen.bundestag.de



Das ständige Eigenlob der Bundesregierung wegen des angeblichen deutschen Jobwunders blendet den Alltag eines ganzen Drittels der Bevölkerung aus, der von existentieller Unsicherheit geprägt ist. Deswegen startet DIE LINKE eine Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen: „Das muss drin sein – Leben ohne Zumutungen“.



Miese Jobs mit schlechter Bezahlung ohne tarifliche Absicherung betreffen inzwischen fast ein Drittel aller Beschäftigten. Von der Reinigungs- und Baubranche, dem Pflege- und Gesundheitswesen, der Exportindustrie bis hin zur Kreativwirtschaft und den Universitäten breiten sich schlechte Jobs flächendeckend immer weiter aus. Berufseinsteiger*innen kennen fast nur noch befristete Arbeitsverträge, viele hängen in der Dauerschleife von Werkverträgen und Befristung.

Es geht uns dabei um mehr als nur besseren Lohn: Es geht um Überlastung, die krank macht, um Arbeitsverhältnisse ohne Planungssicherheit, um hohe Mieten, um Ausgrenzung durch Hartz IV, und um die Doppel- oder Dreifachbelastung vor allem von Frauen, die sich um Job, Kinder und Familienangehörige kümmern müssen. Wir wollen dagegen endlich etwas unternehmen.

Wir betteln nicht um Almosen, wir streiten für Selbstverständlichkeiten in einem so reichen Land wie diesem! Beim Mindestlohn haben wir gezeigt, dass wir kämpfen können. Erinnern wir uns, als wir diese Forderung stellten, waren wir damit fast allein. Heute kommt niemand mehr daran vorbei.

Unsere Forderungen jetzt lesen:
www.das-muss-drin-sein.de



Wenn es gut werden soll

onen und Entscheidungen zu haben.

Ich will das an einem Beispiel etwas genauer erklären: Die SiWoGe, als größter Eigentümer im Gruscheweg, trat Ende 2012 an die Gemeinde heran und erklärte die Absicht, hier weitere Flächen zu bebauen. 2005 war ein Gesamtkonzept, mit städtebaulichem Charakter dafür entwickelt worden.

Die Gemeinde war jedoch der Auffassung, dass dieses Konzept überprüft werden muss, da sie mittlerweile veränderte Zielvorstellungen hatte. Sie empfahl, ein Gutachten zu erstellen, in dem zum Beispiel folgende Punkte berücksichtigt werden: Art, Umfang und Dichte der Bebauung, Gemeinbedarf, Gewerbe, Verkehr, Grünordnung, Umweltschutz. Dieses Gutachten wurde im Oktober 2013 von der PST

GmbH in Verbindung mit dem Büro Jahn, Marck & Partner vorgelegt.

Der Aufstellungsbeschluss für den Rahmenplan „Gruscheweg 6“ wurde am 13.02.2014 von den Gemeindefretern beschlossen, gleichzeitig auch die Auslegung des Gutachtens im Rathaus, damit die Bürger Einsicht nehmen können (10.3.-11.4.2014). Nach Auswertung aller Hinweise und Änderungsvorschläge entstand ein Vorentwurf für den Bebauungsplan, der vom 5.1.-6.2.2015 eingesehen werden konnte. Hinweise und Vorschläge der Bürger, der öffentlichen Behörden und sonstigen Trägern werden ausgewertet, und wenn berechtigt, als Änderungen aufgenommen.

An diesem Entwurf haben sich nun weitere Eigentümer im Gruscheweg orientiert. Ent-

lang der Speyerstraße ist nun auch ein Bebauungsplan für den sogenannten „Gruscheweg 7“ aufgestellt worden. Auch hier hat man sich den Hinweisen der Bürger angepasst und beispielsweise die Straßen mit fünf Metern etwas breiter als üblich angelegt und die Mehrfamilienhäuser etwas weiter von den schon existierenden Einfamilienhäusern angeordnet.

Derzeit wird für das gesamte Gebiet ein Verkehrsgutachten erstellt. Auf dessen Grundlage sind wir dann aufgefordert, endgültige Festlegungen zu treffen. Selbst wenn es also manchmal etwas dauert, bedeutet es mitnichten, dass nicht viel gearbeitet wird. Ich finde: Um nichts zu übersehen und niemanden zu überhören sollten wir uns diese Zeit auch nehmen.

Neuenhagen hat viel vor, wenn wir einmal alle Bauvorhaben der Gemeinde betrachten. Die Gemeindevertreter sollen zu den Vorhaben Beschlüsse fassen, nach bestem Wissen und Gewissen, zum Wohle der Gemeinde und zukunftsorientiert!

Es ist bestimmt für jeden verständlich, dass das nicht ganz einfach ist. Die Planung der Vorhaben begann bereits vor der letzten Wahlperiode. Das heißt, die Gemeindevertreter müssen die einstigen Beschlüsse analysieren, um eine solide Grundlage für Diskussi-

Wie geht es weiter mit der Eisenbahnstrasse? Wie geht es weiter mit der Trainierbahn?

Über Hintergründe zu den beiden hochbrisanten Themen

Mit: **Sven Kindervater**, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Neuenhagen • Moderation: **Dr. Arno Gassmann**

13.05. | 19 Uhr

Bürgerhaus Neuenhagen • Hauptstr. 2



Guten Appetit!

Damit auch künftig möglichst viele Kinder in Kita und Schule am Mittagessen teilnehmen

sten vorzunehmen. Sowohl im Kultur- und Sozial- als auch im Finanzausschuss wurde der Vorschlag intensiv diskutiert.

Ein Blick über den Tellerrand der Gemeinde zeigte, dass das Thema Mittagessen auch anderswo im Blickpunkt des Interesses steht: So berichtete die MOZ im Februar 2015 über ein Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam, das die Festlegung des Essenbeitrags durch den Mittagessen-Dienstleister beanstandet hatte. Konkret ging es um einen Beitrag in Höhe von 3,04 Euro pro Mittagessen in einer Prenzlauer Kindertagesstätte. Von diesen Beitragshöhen sind wir in Neuenhagen zum Glück weit entfernt. Dennoch

stieß eine Erhöhung auch vor diesem Hintergrund bei den Gemeindevertretern auf wenig Gegenliebe.

Der Zuschuss zur Versorgung des Kindes mit Mittagessen richtet sich nach der Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen. Daher dürfen allgemeine Kostensteigerungen also ebenso wenig als Rechtfertigung einer Beitragserhöhung herangezogen werden wie die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes zum Jahresbeginn. Es zählt nur die maximale häusliche Ersparnis.

Die Fraktion DIE LINKE sprach sich deutlich dafür aus, die Höhe der Kostenbeteiligung nicht zu verändern. Auch an-

dere Fraktionen wiesen auf die sowieso schon große finanzielle Belastung von Familien hin. Zudem wirbt Neuenhagen immer wieder dafür, eine familienfreundliche Gemeinde zu sein. Und so war es dann nur konsequent, dass die Verwaltung eine neuen Beschlussvorlage einbringen musste, die eine Übernahme der Kosten durch die Gemeinde – sicher auch aufgrund der soliden Haushaltslage – selbst vorsah. Diese wurde in der vergangenen Sitzung der Gemeindevertretung dann auch voll und ganz bestätigt.

Möge die Höhe der Elternbeiträge also auch künftig niemandem den Appetit verderben!



Die Debatte um die Eisenbahnstraße erhitzt seit langem die Gemüter. Nach der Entscheidung der Gemeindevertretung vom 23. April, den vom Bürgermeister Jürgen Henze favorisierten Entwicklungsvorschlag von Holst City Projekte abzulehnen, war die Aufregung und das Unverständnis zunächst groß. Die Abstimmung fiel denkbar knapp aus. 13 Gemeindevertreter stimmten für Henzes Vorlage, 14 dagegen.

Der Entwicklungsvorschlag der Holst City Projekte favorisiert einen Drogeriemarkt mit mindestens 650 m² Verkaufsfläche zzgl. Nebenflächen. Schon auf der letzten Sitzung des Bauausschusses wurde das abgelehnt. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass die die Kollegen der CDU, SPD und der Grünen, trotz Zustimmung fast ausschließlich diversen Nachbesserungsbedarf artikulierten.

Bei allem, was man sich erhofft hatte, blieb: Der Verkehr ist das Fundament. Man kann auch noch so tolle Ideen für ein Haus haben, ohne Fundament bricht

Eisenbahnstraße: Wo (k)ein Wille ist...

alles zusammen. Da ist es dann auch besonders verwunderlich, wenn an der Beschlussvorlage über Monate gearbeitet wird, aber zum Thema Verkehr immer nur ein „das wird schon“ von Seiten der Verwaltung kommt. Wenn uns dann noch vorgeworfen wird, es gäbe ja Pläne, die setze nur keiner um, stellt man sich endgültig die Frage: Was macht die Verwaltung hier mit uns? Was, wenn durch den neuen Gruscheweg noch mehr Autos in den Ort ziehen? Was ist, wenn die Schranken doppelt so oft schließen, da die S-Bahn nach wie vor den 10-Minuten-Takt anstrebt? Sind wir die Unvernünftigen, weil wir darauf Antworten haben wollten?

Generell ist festzuhalten, dass nicht die Gemeindevertreter sehr gespalten waren, sondern dass wir zu einer unausgegorenen Abstimmung gezwungen wurden. Das Rathaus und vorne weg der Bürgermeister haben auch die Aufgabe zu vermitteln. Zumindest in Neuenhagen ist es der Normalfall, dass auf Uneinigkeit in den Ausschüssen das Ausbalancieren und Nachbessern folgt. Das blieb diesmal aus. Dabei wäre es möglich gewesen: Der Drogeriemarkt war doch nur ein Teil des Gesamtplans, bei allen anderen Aspekten sind sich die Abgeordneten einig. Doch Henze suchte nicht den Kompromiss, bis zuletzt setzte er alles auf

eine Karte, telefonierte noch am Abstimmungstag Gemeindevetretern hinterher – und verlor. Diese Niederlage ist nicht die der 13 Ja-Stimmen, es ist allein seine.

Dabei hat das schon einmal nicht geklappt: Als es um den Ausbau der Ernst-Thälmann-Straße ging, gab es ursprünglich drei Entwürfe. Henze ließ zwei unbeachtet und löste einen großen Bürgerprotest aus. Auch hier war das Ergebnis eine Abstimmungsniederlage. Seitdem lässt er verkünden: „Das Thema fasse ich nicht mehr an.“ Wer dann noch zuhört, bekommt aufgezählt, wer damals alles böse war. Vor Gewerbetreibenden und im Neuenhagener Echo schimpft er über untätige Gemeindevertreter – und verschweigt all die Sonderschichten, die wir rund um diese Themen eingelegt haben und das als Ehrenamtsparlament! Er verdreht Meinungsverschiedenheit mit Faulheit und ist zu klug, um nicht zu wissen, was er da tut. Wie lange soll das so weitergehen? Noch drei Jahre will er Bürgermeister sein – sollen das Jahre des Stillstands und der Schulduweisungen werden?

Fraktionsübergreifend haben wir uns bereits verständigt, weiterzuarbeiten. Gemeindevorsteherin Ilka Goetz hat sich nun die Ernst-Thälmann-Straße

vorgeknöpft, gemeinsam mit Klaus Ahrens werde ich unsere beiden Ausschüsse noch vor der Sommerpause zur Eisenbahnstraße zusammenrufen. Einzig die SPD hat für sich die Planungen als gescheitert ausgerufen und sprach von einem entsetzlichen Ende. Aber das muss sie erklären. Es gibt konkrete Ideen, auch von Investoren und die Meinungen sind klar. Jetzt gilt es zu konkretisieren und abzuwägen. Wir streben noch vor Ende des Jahres klare Beschlüsse an und erklären unsere Bereitschaft zur Mitarbeit an alle, die das teilen.

Dabei braucht sich auch niemand sorgen machen, die Gemeindevertreter wüssten nicht um den dringenden Bedarf einer entsprechenden Drogerie. Nur 200m weiter am Rosa-Luxemburg-Damm bietet uns ein Investor an, einen Komplex mit einem Biomarkt und einer Drogerie zu errichten. Das Gelände hat er schon, das Verkehrsgutachten ebenso und den Rahmenplan hat die Gemeinde schon 2013 beschlossen. In der Diskussion um die Eisenbahnstraße forderte die CDU derweil eine Verkleinerung der Drogerie zugunsten kleiner Läden. Aber für uns ging es eben nicht darum, Hauptsache eine Drogerie in die Eisenbahnstraße, wir wollten schlichtweg eine gute Drogerie für Neuenhagen. Und die kommt.

Ein syrischer Flüchtling erzählt: Mein langer Weg nach Hoppegarten

Bevor der Krieg in meinem Land begann, hatten meine Frau Sara ich und ein kleines Haus in Daraya in einem der Außenbezirke von Damaskus. Ich hatte 7 ½ Jahre lang einen Job als Leiter des Warenlagers einer internationalen Autofirma in Harasta, einem Vorort von Damaskus. Dort habe ich 16 Stunden am Tag gearbeitet, um meiner Familie ein gutes Leben zu ermöglichen. (...) Als die Freie Syrische Armee (FSA) versuchte, Damaskus einzunehmen und die von Al-Assad geführte Regierung die Nationale Armee

mit ihren Panzern schickte, um die Rebellen zurückzuschlagen, begann unsere lange Flucht. Das war 2012. (...) Als die FSA in Daraya eindrang, verloren wir unser Haus. Die Kämpfe hielten die ganze Nacht lang an. Wir konnten alle paar Sekunden die Explosionen der Panzergranaten hören. Am Morgen waren so-

wohl die Panzer als auch die Rebellen fort. Die ganze Umgebung war völlig zerstört. Wir zogen (...) in einen anderen Teil von Damaskus, wo wir ein weiteres Jahr leben konnten. Ende 2013 erreichten die Kämpfe Harasta (...). Trotzdem (...) ging ich noch immer jeden Tag arbeiten. In Syrien gibt es kein So-

zialversicherungssystem. Eines Tages wurden die Wände meines Arbeitsplatzes zertrümmert. Unser Lagerhaus war von einem Zweig der FSA, den wir Jabhat al-Nusra nennen, beschossen worden. Meine Kollegen und ich waren mitten in das Gefecht geraten. Wir rannten um unser Leben. Überall wurde wahllos auf Menschen geschossen. Viele Zivilisten starben an diesem Tag. Ich musste am eigenen Leib erfahren, wie wertlos ein Menschenleben geworden war. Danach konnte ich noch ein halbes Jahr lang in ei-



„Die Trainierbahn nicht kampfflos preisgeben“

Ein Interview mit Irmgard Kortkamp von der Bürgerinitiative Greenpark

Wie haben Sie die Nachricht vom bevorstehenden Verkauf der Trainierbahn aufgenommen?

Herr Schöningh will sich meiner Meinung nach das Geschäft schon wegen der Entwicklung der Bodenpreise nicht entgehen lassen. Geht es wirklich um internationalen Pferdesport oder um ganz profane Grundstückspekulation oder um beides?

Aber es geht ihm doch nach eigenem Bekunden um die Entwicklung der Trainierbahn nach internationalen Standards und einen angemessenen Interessenausgleich?

Das sind widersprüchliche Aussagen. Einerseits hat der Galopprennsport in Deutschland seinen Höhepunkt seit langem überschritten. Rennbahnen schließen, weil sie sich nicht mehr rechnen. Andererseits hat Herr Schöningh durch seine Einwände gegen den Neuenhagener Grünordnungsplan deutlich gemacht, dass er die Fläche nicht mit Freizeitsportlern, Spaziergängern und anderen Erholungsuchenden teilen will. Das

bedeutet: Priorität hätte der Schutz seiner teuren Pferde, nicht die Interessen der Einwohner. Und viel Grün müssteweg. Verkauf an Schöningh heißt Abholzen.

5000 Bürger haben den Aufruf zum Erhalt der Trainierbahn als Erholungsfläche unterschrieben, wie soll es nun weitergehen?

Wir können froh sein, diese Anstrengung gemeinsam geschafft zu haben. Jetzt müssen wir zunächst einmal alle juristischen Maßnahmen ergreifen, um den Flächennutzungsplan der Gemeinde, der die

Trainierbahn als Erholungsfläche ausweist, auch durchzusetzen. Das Rathaus ist hier in der Pflicht. Auch der Treuhandnachsfolger BVVG muss das bei einem Kaufvertrag zur Kenntnis nehmen.

Politisch geht es um eine einfache Botschaft: Wir lassen uns von einem Investor nicht aus unserem Erholungsgebiet vertreiben. Menschen sind hier wichtiger als Pferde. Und wir sollten uns weitere Verbündete suchen. Das betrifft z.B. die Landesebene. Denn

Brandenburg wirbt mit der Trainierbahn als touristische

Attraktion, als Wandergebiet. Damit wäre es dann vorbei. Und es geht natürlich um die vielen Berliner und anderen Besucher aus den Nachbargemeinden, die die Trainierbahn zahlreich besuchen.

Sie stellen auch einen Kauf der Trainierbahn durch die Gemeinde zu Debatte?

Die Trainierbahn war mal Volkseigentum, also sie gehört eigentlich uns. Jetzt müssen wir uns aber zu einem dubiosen Privatisierungsvorhaben verhalten. Wir können über das Planungsrecht und über Bürgerproteste einen Dauerkonflikt mit Herrn Schöningh führen. Oder wir können 172 Hektar Naherholungsgebiet für unsere Gemeinde erwerben und für die nachfolgende Generationen erhalten. Weit-sichtige Kommunalpolitik wäre somit die Antwort auf die bornierte Privatisierungspolitik der Treuhand.

Frau Kortkamp, danke, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Ich wünsche Ihnen und uns allen viel Erfolg!

Interview: Marian Krüger



„Geht es wirklich um Pferdesport oder um Grundstücksspekulation?“

Wandertag auf der Trainierbahn 10.05. | 9h30
Haustierhof Kuhmuckel

ner anderen Zweigstelle meiner Firma arbeiten, doch doch unser Land zerfiel mehr und mehr. Schließlich konnte ich keine Arbeit mehr finden. Damit war uns die Lebensgrundlage entzogen. Außerdem wurden alle Menschen mit Papieren aus den Damasener Vororten als Rebellen verdächtigt. Jedes Mal, wenn wir der Nationalen Armee begegneten, mussten wir befürchten, auf der Stelle (...) erschossen zu werden. Ich fürchtete um mein Leben und das Leben meiner Frau, meines kleinen Sohnes und meiner neugebo-

renen Tochter. So beschlossen wir, das Land zu verlassen. Als einigermaßen sicherer Fluchtweg kam für uns nur die Reise mit einem Passagierschiff von Tartus in Syrien nach Mersin in der Türkei in Frage. Dann musste ich meine Frau und meine beiden Kinder in der Türkei zurücklassen, denn die Reise nach



Griechenland war zu teuer für uns alle und auch viel zu gefährlich für meine Frau und meine Kinder. Ich habe 1500 Euro gezahlt, um nachts zusammen mit einer kleinen Gruppe von anderen Flüchtlingen in einem Schlauchboot durch die rauhe See des Mittelmeers gebracht zu werden. Wir hatten von den

Schicksalen anderer Flüchtlinge gehört, bei welchen von der Grenzpolizei Griechenlands auf die Schlauchboote geschossen wurde oder die Boote mit Messern aufgeschlitzt wurden. Viele Menschen ertranken, nur wenige konnten durch die Rettungsboote des Roten Kreuzes gerettet werden. Ich hatte große Angst, doch glücklicherweise überlebte ich diese gefährliche Reise.

Katharina Köllner im Interview mit Hosam Shakha Shiroo. Die Langfassung finden Sie online.



Anita Tack

Der Mautplan ist nicht nur eine Mogelpackung, sondern verstößt auch gegen EU-Recht. Dobrindts Formel heißt: Ausländer müssen

Maut wird in Brüssel scheitern

zahlen, deutsche Autofahrer nicht. Die Erhebung einer Abgabe auf der einen Seite und die entsprechende Entlastung deutscher Autofahrer auf der anderen Seite sind nicht europarechtskonform. Das ist ein Taschenspielertrick und wird so nicht von der EU akzeptiert werden.

Die Maut ist im Schnellverfahren durchgezogen worden, nachvollziehbare Einwände wurden bei Seite geschoben.

Seit Jahren gibt es keine nachhaltige Bundesverkehrsstrategie mit dem Schwerpunkt ÖPNV.

Brandenburg lehnt die Mautpläne auch im Bundesrat ab. Zugleich hat der Bundesrat die Ampel für die Regionalisierungsmittel auf Rot gestellt. Aber gerade damit sollen die gestiegenen Anforderungen und Bedürfnisse im öffentlichen Personennahverkehr stabilisiert werden.

„DIE LINKE will endlich ein integriertes Verkehrs- und Mobilitätskonzept und keine fragwürdige Beruhigungsspielle für Seehofer“, so Anita Tack. Auch wenn einige von SPD und Grünen regierte Länder angekündigt haben, zur Maut den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anrufen zu wollen, können die Länder über den Bundesrat die Umsetzung nur verzögern, aber nicht verhindern.



Ralf Christoffers

Nachdem der Landesentwicklungsplan-Berlin-Brandenburg (LEP-BB) formal durch ein Gerichtsurteil aufgehoben wurde und Neuenhagen derzeit kein Mittelzentrum mehr ist, wird

Für eine starke Region - LEP-BB evaluieren

die Landesregierung sofort die formalen Fehler beseitigen, um die Gültigkeit wieder herzustellen.

Aus unserer Sicht kommt es jetzt darauf an, den LEP-BB, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, zu evaluieren. Die sozialen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Bedingungen sind in unserer Region in einem ständigen Wandlungsprozess und darauf muss die Landesplanung reagieren.

Im neuen Plan müssen sich daher unter anderem folgende Punkte neu abbilden:

- Die stärkere Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn
- Die Bedeutung der Metropolräume Szczecin, Hamburg und Dresden
- Die Frage der Verflechtung der sächsischen und brandenburgischen Lausitz
- Die Sicherung der landwirtschaftlichen Flächen im Land
- Die Weiterentwicklung u.a.

der Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftsstruktur im Metropolitanraum Berlin-Brandenburg als Ganzes

- Die Aufgaben und Funktionen der Siedlungsstruktur in Brandenburg

Unter diesen Bedingungen kann es zu einer weiteren Stärkung und weiterhin guten Entwicklung des europäischen Metropolitanraums Berlin-Brandenburg kommen.

Kultur

Blaupause berichtete von einem spannenden Jahr

Nachdem sich auf der vergangenen Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses die Arche ihren Jahresbericht vorstellte, war dieses Mal die Blaupause dran, der Jugendclub des IB.

In der Blaupause trafen sich 2014 täglich, zu verschiedenen Zeiten, 20-30 junge Menschen, im gesamten Jahren insgesamt rund 2.400.

Auch die offenen Angebote, zu denen z.B. kreative Angebote, ein Bandprobenraum, Konzerte und Tanztraining gehören, waren mit etwa 3.130 Personen gut besucht. In den Sommerferien wurde eine Kanutour angeboten, an der 11 Jugendliche teilgenommen haben. Zusätzlich zu den offenen Angeboten bot die Blaupause 2014 aber auch noch mehrere

Workshops an, aus denen u.a. die Graffiti-Wand der Blaupause, die Graffitigestaltung des Skateparks sowie der Skatecontest im Skatepark, der von Jugendlichen aus der Blaupause organisiert wurde, hervor. Außerdem wurden noch die 10 Jahre der Blaupause beim IB gefeiert. Weitere Projekte der Blaupause waren zum Beispiel das Filmprojekt „Mor-

gen Wir“ und das Rap-Projekt „Wortakrobatik“. Die Blaupause ist auch international tätig, so waren zum Beispiel 20 indische Kunststudentinnen einen Tag dort und haben zusammen mit den Jugendlichen vor Ort in Projekt durchgeführt. Die Blaupause nahm auch am „Tag der Familie“ teil.

Christoph Schulz

Bürgermeister beantragt Verlegung von Stolpersteinen

Der Initiativgruppe Stolpersteine war es mit Hilfe von Frau Katrin Fischers Internet-Recherche gelungen, mit der Enkeltochter der ermordeten jüdischen Mitbürger Erna und Herbert Smilowski in Kontakt zu treten. Sie heißt Marianne Strumpf und lebte bis zur Flucht mit ihren Eltern 1939 bei ihren Großeltern in der Grünen Aue 5. Frau Skotnicki

und Herr Niebsch besuchten sie in ihrer Zehlendorfer Wohnung, um sich nach ihren Erinnerungen an ihre Großeltern zu erkundigen.

Bürgermeister Henze konnte in seinem Antrag auf das Verlegen der Gedenksteine an Herrn Gunter Demnig (Das ist der „Erfinder“ der Aktion Stolpersteine) somit berichten,

wesentliche Kriterien für das Verlegen erfüllt zu haben.

In einem anschließenden Telefonat einer Mitarbeiterin von Herrn Demnig mit Herrn Kirst wurden organisatorische Fragen dazu angesprochen. Frühestens im Februar 2016 wäre ein Termin möglich. Die Initiativgruppe hatte den Vorschlag gemacht, die Steine nicht wie

üblich vor dem Wohnhaus sondern auf dem Rathausvorplatz einzusetzen. Leider haben wir dazu noch keine verbindliche Zusage bekommen. Wegen der viel größeren öffentlichen Wirksamkeit sollten wir alles daran setzen, hier die Zustimmung zu erwirken.

W.N.

Vor 70 Jahren in Neuenhagen: Kriegsende, Befreiung, Neubeginn (II)



In der vorigen Ausgabe haben wir die Situation Neuenhagens in den Tagen und Wochen unmittelbar nach Kriegsende geschildert.

In dieser Ausgabe wollen wir uns zunächst einigen Persönlichkeiten zuwenden, die sich mit der Nachkriegsgeschichte Neuenhagens verbinden. Dazu gehören auch die ersten beiden Bürgermeister, die von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzt wurden. Das war zunächst Fritz Schulz (SPD), der wenig später im Amt

verstarb. Ihm folgte Karl Hoffmann (SPD), dessen Stellvertreter wurde Alfred Meerbach. Auf KPD und SPD folgend konstituierten sich Ortsgruppen der Christlich-Demokratischen Partei Deutschland und der Liberaldemokraten (LDPD).

Nach den ersten Maßnahmen der Wiederherstellung der Versorgung mit Lebensmitteln, der Bekämpfung der grassierenden Typhusepidemie und der Wiederöffnung des Schulbetriebes folgte die demokratische Bodenreform. Symbolisch wurde die erste Furche übrigens auf dem Gelände der heutigen Trainierbahn gezogen. Die Bodenreform bedeutet konkret: Enteignung des Rittergutes von Neuenhagen, Enteignung des Grundbesitzes des Union-Klubs und des Restgutes Bollensdorf mit dem Vorwerk Elisenhof. Der Unions-Klub, der 1867 gegrün-

det wurde, widmete sich nicht nur der Pferdezucht, sondern war von Anfang an eine Veranstaltung des reaktionären preußischen Offizierskorps, mit dem Ziel der „Stärkung der vaterländischen Wehrkraft“. 1920 unterstützte er den Kapp-Putsch gegen die erste deutsche Republik.

Mit der Bodenreform erhielten 21 Neubauern Land, wobei die sowjetische Kommandantur Saatgut, Pferde und Geräte zur Verfügung stellte. Enteignet wurde auch der der SS-Betrieb Vulkanisieranstalt Wilhelm Heidick, die Firma Wilhelm Rittershausen sowie weitere kleinere Betriebe.

Mit den Kommunalwahlen im Oktober 1946 erhielt Neuenhagen, das zuvor mit anderen Gemeinden von Hoppegarten aus verwaltet wurde, eine eigene Verwaltung und eine ei-

gene Gemeindevertretung. Bei einer hohen Wahlbeteiligung von rund 90 Prozent erhielt die SED 41,6 Prozent der Stimmen, die LDPD 36,1 Prozent, die CDU 20,1 und die Kandidatinnen des Frauenausschusses 1,9 Prozent der Stimmen. Die damalige Gemeindevertretung hatte übrigens für deutlich weniger Einwohner 30 Sitze, während die heutige Gemeindevertretung für fast doppelt so viele Einwohner 28 Sitze umfasst. Es wurden drei gleichberechtigte Vorsitzende der Gemeindevertretung gewählt: Walter Hesse (LDPD) Gustav Polzius (SED) und Eduard Siemianowski (CDU). Die Fraktion der SED erhielt 13 Sitze, die LDPD 11, die CDU 6 Sitze. Auf der konstituierenden Sitzung wurde u.a. der Beschluss gefasst, dass alle Neuenhager Haushalte für den bevorstehenden Winter mit „zwei Zentnern Hausbrand versorgt werden.“

40. Neuenhager Gespräch: Neuenhagens „Stunde Null“ - Neubeginn 1945

Ein Gespräch jenen Neuenhagern gewidmet, die nach der Befreiung durch die sowjetische Armee Ende April 1945 Anteil am Wiederaufbau der Gemeinde genommen haben. 70 Jahre nach Kriegsende geht es uns um die Frage, wer jene Menschen waren, die damals mit anpackten, wo sie herkamen und was davon heute noch Bestand hat. Wir laden alle Interessierten ein, darüber gemeinsam mit Orts-Chronist Erich Siek zu reden.

29.05. | 19 Uhr

Bürgerhaus Neuenhagen • Hauptstr. 2

Lesetipp:

Gregor Gysi, Sohn des Widerstandskämpfers und späteren Kulturministers der DDR Klaus Gysi, Friedrich Schorlemmer, Pfarrer, Oppositioneller, Mitinitiator der Bürgerrechtsbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“, standen in der DDR auf verschiedenen Seiten. In Ihrem gemeinsamen Buch erinnern sie sich an ein Land, das sie geprägt hat. Im Gespräch mit dem Journalisten Hans-Dieter Schütt diskutieren sie darüber, was bedenkenswert bleibt an dem gesellschaftlichen Projekt, das die DDR gewesen ist. Gerade angesichts eines entfesselten Kapitalismus, der seine Menschen ebenso wie Natur und Umwelt zur Ressource macht, statt sich in deren Dienst zu stellen, ist

dieses Buch das notwendige Unterfangen.

„Jürgen Todenhöfer übt Kritik an der westlichen Politik im Nahen Osten: Kriege würden mit Lügen und Dämonisierungen vorbereitet und später als humanitäre Interventionen verharmlost ... ‚Du sollst nicht töten‘ besteht aus zwei Büchern: Das eine ist ein Bekenntnis für den Frieden. Es



handelt vom Krieg, von den Kriegen im Nahen Osten und den Kriegen des Westens dort. (...) Das andere enthält Reportagen der Reisen, die ihn seit 2011 als Zeitzeugen nach Ägypten, Libyen, Tunesien und Marokko führten, in den Irak und nach Iran, nach Pakistan und Afghanistan, sechsmal nach Syrien. (...) Durch einen Tunnel gelangte er nach Gaza, nachdem ihm Israel zuvor die



Einreise verweigert hatte. (...) Todenhöfer erlebte die dunklen Seiten der Revolution. (...) In Libyen starb seine Begeisterung für Revolutionen, erschüttert wurde sein Vertrauen in die Integrität der Nato.“ (FAZ)

Beide Bücher finden sie in der Buchhandlung Bünger in der Ernst-Thälmann-Str.36.

Impressum

ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation
Neuenhagen der Partei

DIE LINKE, Dr. Arno Gassmann
Wolterstr. 12
15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden
finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.